

Niederschrift

über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses - öffentlich -

Datum: 07.09.2021

Ort: LUXOR Kongress- & Veranstaltungszentrum,
Hartmannstraße 9-11, 09111 Chemnitz

Zeit: 17:02 Uhr - 20:28 Uhr

Stellvertr.

Vorsitz: Herr Maik Otto

Beschlussfähigkeit

Soll: 15 Ausschussmitglieder
Ist: 12 Ausschussmitglieder

Anwesenheit

Entschuldigt

Herr Karlheinz Gräwe	Vertreter Amtsgericht	privat
Frau Pia Hamann	Gleichstellungsbeauftragte	privat
Frau Sylvia Hirschberg	Agentur für Arbeit	privat
Frau Franziska Jahn	Stadtelternrat Chemnitz e. V.	
Frau Yvonne Kilian	Verein zur Beruflichen Förderung und Ausbildung e. V. (VBFA)	privat
Frau Claudia Müller-Irrgang	Vertreterin Polizeidirektion Chemnitz - Erzgebirge	
Herr Paul Günter Steuer	Fraktionsloses Stadtratsmitglied	privat
Herr Peter-Joachim Wild	Stadtmission Chemnitz e. V.	privat

Unentschuldigt

Herr Albert Krottenthaler Don Bosco Jugendhaus – Vertreter
katholische Gemeinde

Herr Oliver Sachsze

Vorzeitiges Verlassen

Frau Christin Furtenbacher Fraktionsgemeinschaft
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abwesend ab
19:23 Uhr

stimmberechtigte Ausschussmitglieder

Herr Holger Deckwer	solaris Förderzentrum für Jugend und Umwelt gGmbH Sachsen
Herr Kai Hähner	CDU-Ratsfraktion
Frau Solveig Kempe	CDU-Ratsfraktion
Herr Nico Köhler	AfD-Stadtratsfraktion
Herr Karl Kohlmann	Ratsfraktion PRO CHEMNITZ/Freie Sachsen
Herr Martin Müller	Ev.-Luth. Jugendpfarramt Chemnitz
Herr Maik Otto	SPD-Fraktion

Frau Simone Scheffler	Caritasverband für Chemnitz und Umgebung e. V.
Frau MA. Katarina Seidel	solaris Förderzentrum für Jugend und Umwelt gGmbH Sachsen
Frau Dr. Sandra Zabel	Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die PARTEI

stellv. stimmberechtigte Ausschussmitglieder

Frau Angelika Stosius	Arbeiterwohlfahrt KV Chemnitz und Umgebung e. V.	Vertretung für Herrn Peter-Joachim Wild
Herr Gunnar Werwitz		Vertretung für Frau Yvonne Kilian

beratende Ausschussmitglieder

Herr Pfarrer Holger Bartsch	Vertreter evangelischer Kirchenbezirk Chemnitz
Frau Gunda Georgi	Leiterin des Jugendamtes
Frau Gabriele Käschel	Vertreterin Regionalstelle Chemnitz des Landesamtes für Schule und Bildung
Frau Nadine Köhler	Vertreterin Sportjugend im Stadtsportbund Chemnitz e. V.
Herr Thoralf Nieke	Vertreter der Träger der Grundsicherung für Arbeitssuchende
Herr Gregor Richter	Netzwerk für Kultur- und Jugendarbeit e.V.
Frau Ute Spindler	Kinder- und Jugendbeauftragte

sachkundige Einwohner

Herr Dustin Straßberger

Gäste

Herr Ronald Langhoff	Landesamt für Schule und Bildung
Frau Karla McCabe	Direktorin der Stadtmission Chemnitz e.V.
Herr Carsten Tanneberger	Deutscher PARITÄTISCHER Wohlfahrtsverband, Landesverband Sachsen e.V., Regionalleiter Stadt Chemnitz – Landkreis Zwickau
Herr Johann Schulte	Netzwerk für Kultur & Jugendarbeit e.V., Projektleitung Bereich Jugendhilfe, AWO Kreisverband Chemnitz und Umgebung e.V.
Herr Thoralf Nieke	Vertreter der Träger der Grundsicherung für Arbeitssuchende
Herr Gregor Richter	Netzwerk für Kultur- und Jugendarbeit e.V.
Frau Ute Spindler	Kinder- und Jugendbeauftragte

Bedienstete der Stadtverwaltung

Frau Sylvia Hemmann	Jugendhilfeplanerin Abt. 51.1
Frau Kathrin Schäfer	Abteilungsleiterin Abt. 51.3
Herr Michael Seidel	Referent Dezernat 5
Frau Heike Steege	Abteilungsleiterin Abt. 51.4
Frau Jana Wolf	Amt 51, Netzwerk-Koordinatorin Frühe Hilfen

Schriftführerin

Frau Kristin Nicolaus

Geschäftsstelle Stadtrat

- 1 Eröffnung, Begrüßung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
-

Der **stellvertretende Ausschussvorsitzende Herr Otto** eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden. Er stellt die ordnungs- und fristgemäße Ladung zur Sitzung und die Beschlussfähigkeit fest.

- 2 Feststellung der Tagesordnung
-

Es liegen keine Anträge zur Änderung der Tagesordnung vor. Die Tagesordnung ist somit festgestellt.

- 3 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung des Jugendhilfeausschusses - öffentlich - vom 13.07.2021
-

Gegen die Niederschrift sind keine Einwendungen eingegangen. Sie gilt somit als genehmigt.

- 4 Berichte aus der Praxis zur Situation von Kinder und Jugendlichen in Zeiten von Corona
Berichterstatter: Frau Georgi/Amtsleiterin Jugendamt, Herr Langhoff/Leiter Landesamt für Schule und Bildung, Herr Schulte/Projektleitung Jugendhilfe Netzwerk für Kultur- und Jugendarbeit, Frau McCabe/Sprecherin der Liga, sowie Vertreter aus der unmittelbaren Praxis

Diskussion und Ableitung von Schwerpunkten für die Jugendhilfeplanung

Herr Stadtrat Otto informiert darüber, dass die Pflicht zum Tragen einer medizinischen Mund-Nasen-Bedeckung besteht. Am Sitzplatz selber besteht diese Pflicht nicht.

Frau Georgi und Herr Stadtrat Otto führen anhand einer Power-Point-Präsentation zum Tagesordnungspunkt ein. **Herr Stadtrat Otto** geht dabei auf die Betrachtungsfelder ein. Es solle insbesondere die aktuelle Situation der Kinder und Jugendlichen in Chemnitz aus Sichtweise der Vortragenden betrachtet werden. Die folgenden Institutionen werden vortragen:

- Frau Georgi und Frau Wolf, Jugendamt
- Herr Langhoff, Landesamt für Schule und Bildung
- Frau McCabe und Herr Tanneberger, LIGA der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege
- Herr Schulte und Frau Graff, Netzwerk für Kultur- und Jugendarbeit

Frau Georgi berichtet anhand der Power-Point-Präsentation über die Unterstützungsleistungen der Stadt Chemnitz. Es sei wichtig gewesen, dass die Träger der Jugendhilfe durch Beratung, aber auch finanziell bestmöglich durch die Pandemie

begleitet werden konnten. Unter anderem wurde bereits im April 2020 zu Beginn der Pandemie ein Maßnahmenpaket mit einer außerplanmäßigen Mittelbereitstellung vom Stadtrat beschlossen. Ziel war es, bei den veränderten Rahmenbedingungen die Arbeitsfähigkeit der Vereine, Verbände und Institutionen aus den Bereichen Soziales, Jugendhilfe, Gesundheit, Sport und Kultur zu gewährleisten, um Angebote weiterhin unverändert aufrecht erhalten zu können. Die Zahlungen erhielten auch Träger, die ihre Angebote aufgrund der geltenden Corona-Schutz-Bestimmungen nicht offenhalten konnten. Es folgten weitere Stadtratsbeschlüsse bis Mai 2021 für die finanzielle Unterstützung der Träger.

Frau Georgi führt weiter aus, dass die Kindertagesstätten und Kindertagespflegepersonen zum Beispiel mit Informationen der aktuellen Entwicklungen und rechtlichen Grundlagen zur Pandemie unterstützt wurden. Es wurden Festlegungen für die Organisation und für den Betrieb der Einrichtungen getroffen. Auch wurden für Fachkräfte kostenfreie Tests organisiert und ausgegeben.

Frau Georgi berichtet über die Prüfungen zu Kindeswohlgefährdungen und Inobhutmaßnahmen durch den ASD (Allgemeiner Sozialdienst). Im Jugendamt werde eingeschätzt, dass es eine gute Zusammenarbeit mit den freien Trägern gegeben habe und dass flexible Lösungen gefunden und umgesetzt werden konnten. Zudem konnten finanzielle Schieflagen von Trägern vermieden werden. Jedoch seien bereits Corona bedingte Auswirkungen in den Familien erkennbar, zum Beispiel durch vermehrte Anträge auf Hilfen zur Erziehung. Festgestellt werde, dass der Bedarf an ambulanten Hilfen zur Erziehung momentan nicht mehr gedeckt werden könne. Das Jugendamt schätze ein, dass die Bedarfe weiter ansteigen werden. Zudem werde eine hohe Priorität darin gesehen, dass die Kindertagesstätten und Schulen geöffnet blieben.

Frau Wolf führt zum Chemnitzer Netzwerk frühe Hilfen anhand der Power-Point-Präsentation aus. Hebammen und Kinderkrankenpflegepersonal seien während der Lockdowns durchgängig aufsuchend tätig gewesen. Die Einsätze konnten durch Förderungen vom Nationalen Zentrum frühe Hilfen und Bundesstiftung finanziell gesichert werden. Es wurden zudem telefonische und digitale Beratung angeboten. Sie sagt, dass die Zusammenarbeit mit den Netzwerkpartnern, wie der Schwangerschaftsberatung, gut funktionierte. Auch im Bereich der frühen Hilfen sei ein Anstieg der Bedarfe und Unterstützungsanfragen zu verzeichnen.

In der Arbeit mit den Familien habe sich gezeigt, dass Mütter aufgrund der Pandemieauswirkungen hohen Belastungen ausgesetzt seien. Es fehlten durch die Kontaktbeschränkungen und weiteren pandemiebedingten Maßnahmen, Angebote für eine altersgerechte Beschäftigung wie Krabbelgruppen oder Frühstücksgruppen für Familien.

Herr Stadtrat Otto fragt, welche digitalen Angebote gut funktionierten und auch zukünftig eingesetzt werden könnten. **Frau Wolf** antwortet, dass digitale Angebote auf der Fachkräfteebene gut funktionieren. Für Familien seien diese Angebote jedoch schwierig umsetzbar.

Frau Stadträtin Furtenbacher fragt, ob die durch den Stadtrat beschlossenen Stellen für die aufsuchende präventive Arbeit, besetzt seien. **Frau Wolf** antwortet, dass die Stellen noch nicht besetzt seien. Das Bewerbungsverfahren laufe derzeit.

Herr Langhoff vom Landesamt für Schule und Bildung berichtet weiter anhand einer Power-Point-Präsentation. Er habe an Grund-, Förder- und Oberschulen eine Umfrage durchgeführt, um zu erfahren, wie es den Kindern gehe, ob es kreative Ideen der Schulsozialarbeit gebe, was gut und was weniger gut lief und welche Ideen für die Zukunft entwickelt wurden.

Die Rückmeldungen haben ergeben, dass die Lockdown-Zeiten einigen Kindern und Jugendlichen auch guttat. Es wurde zurückgemeldet, dass die Selbstständigkeit gestärkt wurde und die häusliche Ruhe auch zu verbesserten schulischen Leistungen führten.

Er sagt, dass für die Mehrzahl der Kinder und Jugendlichen die Lockdown-Zeiten jedoch überwiegend negative Folgen hatte. Die Schulen meldeten hierzu technische Probleme, Verunsicherung und Ängste, Schwierigkeiten sich selber zu strukturieren, fehlende Selbstmotivation und auch Sprach- und Verständigungsbarrieren bei Familien mit einem Migrationshintergrund. Herr Langhoff teilt mit, dass bis zu 25% der Kinder und Jugendlichen für den Schulunterricht nicht mehr erreichbar waren. Die Aufgaben wurden nicht abgeholt und entsprechend nicht erledigt. Diese Kinder und Jugendlichen waren für die Lehrer nicht erreichbar.

Herr Langhoff geht nun auf die Schulsozialarbeit ein. Diese durfte im ersten Lockdown nicht in Präsenz arbeiten. Dies war erst im zweiten Lockdown möglich. In den Lockdown-Zeiten wurden viele Angebote der Schulsozialarbeit in digitaler Form angeboten. So haben einige Schulen regelmäßige ZOOM Besprechungen für Eltern angeboten. Kontakte wurden aber auch dadurch gehalten, dass die Schulsozialarbeiter die Schulaufgaben den Kindern persönlich gebracht haben. Es haben sich herausgestellt, dass die Schulsozialarbeit ein wichtiger Partner sei, der zum Schulsystem gehöre. Weiter stellt Herr Langhoff fest, dass eine weitere Schließung der Schulen möglichst ausgeschlossen werden sollte.

Zum Schluss geht er auf das Maßnahmenpaket des Bundes „Aufholen nach Corona“ ein. Darin sei unter anderem das Ziel definiert, Lernrückstände wieder aufzuholen. Im Landesamt für Schule und Bildung werde eine Servicestelle für die Schulen eingerichtet, um Fragen zum Maßnahmenpaket anbringen zu können.

Frau Seidel stellt fest, dass die Corona Pandemie die Selektion des deutschen Bildungssystems vorangetrieben habe. Es sei immer mehr abhängig davon, aus welchen Familien und welchem sozialen Umfeld Schüler kommen und auch, wie mit Bildung in den Familien umgegangen werde. Unterschiede erkenne sie auch im Vergleich zwischen Grundschulen, Oberschulen, Gymnasien und Berufsschulen. Insbesondere in den höheren Stufen fehlten weitreichende Entscheidungskompetenzen, um für den Weg ins Studium oder Berufsausbildung gerüstet zu sein. In Grundschulen gebe es zumeist weniger Schwierigkeiten mit der Pandemie, da sich hier mehr gekümmert werde. Frau Seidel sagt, dass sie die Digitalisierung als schwierig erachte. Als Lehrerin habe sie sich Vorgaben für einen digitalen Unterricht gewünscht. Es sollten Qualitätsstandards hierfür eingerichtet werden. Zudem schlägt sie vor, dass den Lehrern mehr Fortbildungen bezüglich der digitalen Unterrichtsgestaltung angeboten werden sollten.

Herr Stadtrat Otto fragt, ob die digitale Arbeitsweise den Lehrern Schwierigkeiten bereitet und wie das Landesamt für Schule und Bildung dies einschätze. **Herr Langhoff** antwortet, dass es auch für die Lehrer eine Herausforderung war und noch ist, den Unterricht digital zu gestalten. Auch Lehrer mussten sich auf diese neue Situation einstellen. Aber auch die Schulen an sich mussten sich auf diese neue Situation einlassen. Es mussten technische Voraussetzungen geschaffen werden, ob nun mit einer schnelleren und stabileren Internetverbindung oder mit der Ausstattung von Endgeräten von Schülern und Lehrern. Zudem musste auch den Kindern das Knowhow im Umgang mit den technischen Geräten und auch der Umgang mit der entsprechenden Software vermittelt werden. Weiter sagt er, dass das Kultusministerium und auch das Landesamt für Schule und Bildung die Qualitätsstandards für digitalen Unterricht im Blick haben. Es gebe die Empfehlung, dass die Schulen individuelle Lösungen festlegen sollten. **Frau Käschel** ergänzt, dass Lehrer oftmals auch private Endgeräte nutzen mussten, da bisher keine dienstlichen Endgeräte zur Verfügung gestellt würden. Die Software Lernsax wurde im

Lockdown genutzt. Diese Software werde jedoch auch im Präsenzunterricht weiter genutzt. Sie sagt, dass an ihrer Schule keine ausreichende Internetverbindung vorhanden sei. Auch dieses Problem müsse behoben werden. Sie stellt fest, dass eine enge Zusammenarbeit zwischen den Lehrern und den Schulsozialarbeiter essenziell sei.

Herr Deckwer bestätigt die Aussagen von Herrn Langhoff.

Frau Seidel sagt, dass aktuell Zeit sei, wo Lehrer und Schulen sich ausprobieren könnten. Sie sagt, dass die Schulen schauen sollte, welche Angebote bereits in der Stadt vorhanden seien und worauf zurückgegriffen werden könne.

Frau Spindler begrüßt es, dass der Schulträger im vergangenen Jahr Zugänge für unterschiedliche digitale Formate wie Microsoft Teams für die Schulen ermöglichte.

Frau Stosius bittet um Auskunft über die Zusammenarbeit zwischen Horten und Grundschulen. Herr Langhoff sagt, dass er keine Auskünfte geben könne.

Herr Richter fragt, ob ein Verlauf in den Lockdown-Zeiten erkennbar sei, wo die Kinder und Jugendlichen für die Schulen nicht mehr erreichbar waren. Er bittet um Auskunft, wie mit dem Problem umgegangen werde. **Herr Langhoff** antwortet, dass die einzelnen Schulen unterschiedliche Herangehensweisen haben.

Frau Stadträtin Kempe sagt, dass sie privat positive Erfahrungen gemacht habe. Die Lehrer ihrer Kinder seien sehr bemüht. Jedoch habe sie auch festgestellt, dass es dennoch Probleme gebe. So fehlten oftmals Rückmeldungen zu abgegebenen Aufgaben von den Lehrern. Es sei schwierig Grundschüler zu motivieren, wenn Feedbacks ausblieben. Sie bittet darum, dass das Landesamt für Schule und Bildung den Schulen diesbezüglich den Schulen mehr Anleitung anbietet. Sie glaubt, dass die nicht mehr erreichbaren Schüler auch dadurch nicht mehr für die Schulen erreichbar seien, weil die Lehrer sich nicht entsprechend kümmerten.

Frau Käschel merkt kritisch an, dass Lehrer an ihrer Schule oftmals auch an Wochenenden arbeiteten und Emails in Lernsax prüften. Jede Schule müsse für sich Regularien erarbeiten, wann Unterrichtsmaterial in Lernsax eingestellt werde, wann die Aufgaben geprüft und ein Feedback gegeben werde und wann die Lehrer für die Schüler erreichbar seien.

Frau Spindler antwortet auf die Anfrage von Frau Stosius. Sie sagt, dass es unterschiedliche Rückmeldungen in der KiTa Arbeitsgemeinschaft aus den Horten gab. Einige meldeten Probleme in der Zusammenarbeit, andere meldeten zurück, dass es keine Probleme gab.

Frau Seidel bestätigt, dass es Schüler gebe, die für die Schulen nicht mehr erreichbar sind und berichtet aus ihrem Lehreralltag im Umgang mit dieser Situation. Zudem teilt sie mit, dass zwei Schüler im Publikum sitzen, die hierzu etwas sagen könnten.

Herr Stadtrat Otto erwidert, dass das Rederecht im Ausschuss beantragt werden müsse.

Frau McCabe und **Herr Tanneberger** berichten anhand einer Power-Point-Präsentation zum Tagesordnungspunkt aus Sicht der Liga der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege. Zunächst gehen Sie dabei auf den Bereich der Kindertagesstätten ein. Es sei festgestellt worden, dass Kindern Sozialbezüge fehlten, sodass eine altersgerechte Entwicklung gestört sei. Frau McCabe fasst zusammen, dass Kinder

nach jedem Lockdown Eingewöhnungszeiten in den KiTa's brauchten, die pädagogische Arbeit durch die eingeschränkte Bewegungsfreiheit der Kinder, erschwert war, Abläufe häufig um geplant werden mussten, Kommunikation aufwendiger war, insbesondere mit fremdsprachigen Eltern und Nicht-Medien-Kompetenten Eltern. Auch die pädagogische Arbeit der Fachkräfte wurde komplexer. Zudem sei der zusätzliche Dokumentationsaufwand aufgrund der Corona-Pandemie hoch. Festgestellt wurde zudem, dass der Betreuungsschlüssel in der Notbetreuung als optimaler Betreuungsschlüssel wahrgenommen wurde, welcher als vernünftiger Betreuungsschlüssel im Regelbetrieb Einzug halten sollte. Die LIGA empfiehlt unter anderem den Ausbau der Unterstützungsoffensive, um mehr Raum für die Elternarbeit in den KiTa's zu schaffen. Auch das Projekt des Trägers Stadtmission Chemnitz e.V. „Sprungbrett“ sollte ausgebaut werden.

Herr Tanneberger geht nun auf die ambulanten Hilfen zur Erziehung ein. Er sagt, dass sie die psychischen Belastungen der Kinder und Jugendlichen in allen Bereichen erkennbar seien. Diese seien in Folge der fehlenden sozialen Bezüge, wie Kontakte und Alltagsstruktur stärker aufgetreten. Er berichtet anhand eines Fallbeispiels und geht dann auf die Empfehlungen an den Stadtrat ein. Diese seien unter anderem Hilfen für junge Volljährige, das Verhindern von Bildungsbenachteiligungen und ein zusätzliches Budget zur individuellen Verwendung, um die durch Corona entstandenen zusätzlichen Belastungen in den stationären und teilstationären Hilfen zu minimieren.

Herr Tanneberger führt weiter zum Bereich der stationären Jugendhilfe aus. Hier seien die Empfehlungen an den Stadtrat, die Ausstattung der stationären Einrichtungen zur Schaffung von Lernräumen um einen digitalen Unterricht zu ermöglichen (Breitbandausbau, technische Geräte), Bildungsbenachteiligung verhindern und ein Augenmerk auf junge Volljährige. Besonders die Personalsituation sollte verbessert werden, sodass auch krankheitsbedingte Ausfälle oder auch Quarantäne abgefedert werden können.

Frau McCabe berichtet zum Bereich der Schulsozialarbeit. Sie sagt, dass vor der Pandemie die Einbindung der Schulsozialarbeiter in den Schulen unterschiedlich behandelt wurde. Die Pandemie haben nun aber die Stärke der Schulsozialarbeit gezeigt und auch aufgezeigt, dass dies eine wichtige Arbeit sei. Die Empfehlungen an den Stadtrat seien in diesem Bereich unter anderem, der Ausbau der Angebote für psychisch erkrankte Kinder und Jugendliche, die Ressourcen der Schulsozialarbeit stärken und externe Angebote finanzieren, sowie die Etablierung von medienpädagogischen Angeboten, um eine Kompetenzvermittlung zu erreichen. Der Fokus sollte neben dem Angebot des Bundesmaßnahmenpaketes „Aufholen nach Corona“, auch auf die psychische und emotionale Gesundheit der Schüler gelegt werden.

Frau McCabe informiert zum Projekt Werk-Statt-Schule, welches sich um Schulverweigerer kümmert. Im Projekt können aktuell 15 Schüler betreut werden. Der Bedarf liege jedoch deutlich höher. Laut Aussagen von Schulsozialarbeitern könne der Bedarf sogar weiter steigen. Ein Ausbau des Projektes sei demnach erforderlich.

Herr Tanneberger fasst den Vortrag von Frau McCabe und ihm zusammen. Er sagt, dass Handlungsstrategien entwickelt werden müssen, die Vernetzung der unterschiedlichen Institutionen müsse verbessert werden. Auch die Nutzung der Freizeit- und Sportangebote müsse gefördert werden.

Frau Stadträtin Furtenbacher bedankt sich für alle bereits gehaltenen Vorträge. Sie befürwortet den Vorschlag der LIGA, die unterschiedlichen Institutionen der freien Träger und der Kommune besser zu verzahnen und die Zusammenarbeit zu stärken und zu verstetigen.

Herr Schulte und **Frau Graff** berichten nun aus der Sicht des Netzwerkes für Kultur- und Jugendarbeit. Herr Schulte beginnt anhand einer Power-Point-Präsentation und berichtet zur aktuellen Situation von jungen Menschen. Es wurde eine veränderte Bedarfslage festgestellt. Auch die Anforderungen an die Träger haben sich verändert und seien gestiegen. Die personellen Kapazitäten reichten nicht mehr aus, um diese Bedarfe zu decken.

Hinsichtlich der erhöhten Bedarfe führt er aus, dass beim Kinder- und Jugendtelefon der AWO ein Anstieg um 82% bei Gesprächsinhalten zu sexualisierter Missbrauch und 83% bei Gesprächsinhalten zu Suizidgedanken verzeichnen musste. Hier wurden die Monate Januar bis April 2020 und Januar bis April 2021 miteinander verglichen.

Er sagt, dass zu Beginn der Pandemie die Kommunikation zwischen den freien Trägern und der Verwaltung nicht optimal gewesen sei, was auch zu Ängsten bei freien Trägern führte. Wichtig sei ihm zu sagen, dass Kontrolle nicht gleich Unterstützung sei. Viele freie Träger haben sich Hilfe gewünscht. Zum Beispiel mit Handreichungen für Hygienekonzepten, anstatt im Nachgang bei der Kontrolle zu erfahren was nicht sein darf und verändert werden müsste.

Deutlich erkennbar sei, dass gefährdende Einflüsse im Sinne des § 14 Sozialgesetzbuch VIII, wesentlich verstärkt seien. Hierzu zählten Gewalt und sexualisierte Gewalt. Es werde davon ausgegangen, dass die Anzahl der Fälle weiter steigen werden. Weitere Auswirkungen der Pandemie seien zum Beispiel, dass sich bereits vorhandene Defizite verstärkt haben und ein hoher Bedarf an Einzelberatung und –unterstützung vorhanden sei. Positive Erfahrungen wurden jedoch auch gemacht. Herr Schulte berichtet, dass die Vernetzung mit den Trägern gut funktioniert habe, die Chemnitzer Fachkräfte kreativ, flexibel und vernetzt gearbeitet haben und die Entwicklung der digitalen Angebote durch Fachkräfte erweitert werden konnte.

Aufgaben für die Zukunft seien unter anderem, dass die Kinder, Jugendlichen und die Jugendhilfe stärker in den politischen Fokus genommen werden müsse, dass die Informations- und Kommunikationswege zwischen öffentlicher und freier Jugendhilfen verbessert werden müsse, es ein übergreifendes und zentrales Krisenmanagement aufgebaut werden müsse und die Gewährleistung der Beteiligung der Kinder und Jugendlichen auch während einer Pandemie.

Er weist auf das Siegel „Kinderfreundliche Kommune“ hin. Dies sei ein Siegel in Kooperation verschiedener Institutionen wie der Unicef und dem Deutschen Kinderhilfswerk.

Frau Graff berichtet aus der Praxis des Kinder- und Jugendtelefons der AWO. Es konnte seit Beginn der Pandemie ein erhöhter Bedarf verzeichnet werden. Die Kernzielgruppe sei im Alter von 13 bis 16 Jahren. Jedoch gebe es seit der Pandemie auch Anrufe von Kindern ab dem 6. Lebensjahr. Sie sagt, dass im Jahr 2020 rund 244 Anrufe zu sexualisierter Gewalt und 173 Anrufe zu körperlicher Gewalt verzeichnet werden mussten. Corona sei ein Brennglas, welches als Verstärker dient. Probleme und Schwierigkeiten, die bereits vor der Pandemie existierten, haben sich während der Pandemie verstärkt. Sie führt weiter aus, dass es im Jahr 2020 95 Anrufe zu Suizidgedanken und Suizidwünschen gegeben habe.

Frau Graff sagt, dass eine vernetzte, ämterübergreifende, parteienübergreifende, projekt- und paragraphenübergreifende Zusammenarbeit mit Transparenz, guter Kommunikation, kurzen Wegen, Respekt und Augenhöhe gewünscht werde.

Herr Stadtrat Otto sagt, dass er das Thema Medienkompetenz auch für Lehrer und Eltern wichtig halte. Kinder und Jugendlichen hätten mitunter eine bessere Medienkompetenz als Lehrer und Erwachsene. Er fasst die genannten Schwerpunkte zusammen und schlägt vor, zunächst über diese zu diskutieren und das Thema der Finanzierung vorerst nicht zu betrachten.

Herr Stadtrat Hähner bestätigt viele Inhalte der Vorträge.- Da die Stadt in ihren finanziellen Möglichkeiten reglementiert sei, sehe er Schwierigkeiten auf die Jugendhilfe zukommen, benötigte Maßnahmen umzusetzen. Er unterstreicht, dass er eine schonungslose Evaluierung des Maßnahmenpaketes des Bundes für wichtig halte. Er bittet die Träger hierbei mitzuwirken. Er appelliert daran, dass die Schulen geöffnet bleiben. Zu einem späteren Zeitpunkt sollte ein erneuter Ausschuss wie der heute stattfinden, um zu prüfen, was hat sich verbessert oder verschlechtert und was haben die Maßnahmen gebracht.

Herr Stadtrat Köhler sieht die Probleme deutschlandweit auf alle Kommunen zukommen. Er hofft darauf, dass der Bund finanziell einspringen könne. Einer Evaluierung stimme er zu. Bis dahin sollten jedoch kleinere Gesprächsrunden mit den heutigen Vortragenden stattfinden, um erforderliche Nachjustierungen anzuregen. Der Verwaltung gibt er den Hinweis, sich mit anderen Kommunen zu dieser Problematik auszutauschen, um dies in die entsprechend höhere Ebene als ein Gesamtproblem einbringen zu können.

Frau Seidel schließt sich den Vorrednern an. Ihre Intension sei es, dass es eine stärkere Kommunikation zwischen dem Landesamt für Schule und Bildung, der Stadt, dem Land und der Jugendhilfe geben sollte. So könne geschaut werden, wo welche Kompetenzen bereits vorhanden seien und dadurch alle öffentlichen und freien Träger an einem Strang ziehen könnten. So könne auch geprüft werden, wo noch finanzielle Unterstützung angefordert werden könne. Bezüglich der Medienkompetenz der Kinder und Jugendlichen sagt sie, dass es oft an Hintergrundwissen fehle. Dieses Defizit sollte ausgeglichen werden. Sie rät, dass Schulen sich intensiver um Schüler mit Deutsch als Zweitsprache bemühen sollten. Frau Seidel habe sich gewünscht, dass auch Schüler die Möglichkeit bekommen hätten, in die Schule trotz Lockdowns zu kommen, wenn sie aus einem schwierigen familiären Umfeld kommen. Während der Pandemie- und Lockdown-Zeit sei es oft zu einer entgrenzten Lebensführung im Elternhaus durch Mehrbelastungen im Homeoffice und Homeschooling gekommen. Sie finde es wichtig, den Kindern und Jugendlichen eine gesunde Lebensführung zu zeigen und zu lehren.

Herr Stadtrat Kohlmann wünscht sich eine Stellungnahme seitens der Kinder- und Jugendärzte, wenn es zu einer weiteren Sondersitzung des Jugendhilfeausschusses zu diesem Thema komme. Er finde es wichtig, dass auch diese Seite betrachtet werde.

Herr Stadtrat Otto schlägt vor, diese in diesem Falle mit einzuladen.

Frau Spindler sagt, dass das Gesundheitsamt im Sozialausschuss hierzu informieren würde. Sie sagt, dass der Gesundheitsberater Herr Karl in den Sommerferien über gesunde Lebensführung Kinder und Jugendliche in Kindertagesstätten und Schulhorten in verschiedenen Angeboten informiert habe.

Herr Stadtrat Otto sagt, dass die Informationen des Gesundheitsamtes im Sozialausschuss zumeist über die Schuleingangsuntersuchungen informiert. Er schlägt vor, dass dieser Bericht auch im Jugendhilfeausschuss eingebracht werde.

Frau Käschele sagt, dass im Bereich der Schule finanzielle Mittel vorhanden seien. Jedoch fehle es an kompetentes Fachpersonal. Gemäß den Richtlinien des Maßnahmenpaketes des Bundes, dürfen keine Lehrer mit den zusätzlichen Angeboten betraut werden. Es müssten externe Personen seien. Auch sie erkenne die Wichtigkeit, Kindern und Jugendlichen Medienkompetenzen zu vermitteln. Auch das Thema Prävention müsse wieder in den Vordergrund gerückt werden.

Frau Stadträtin Dr. Zabel sagt, dass durch die Vorträge die Wirksamkeiten und Wichtigkeit von Angeboten in der Kinder- und Jugendarbeit deutlich geworden seien. Auch sei deutlich geworden, wie diese Angebote aktuell fehlen oder später fehlen werden. Sie finde es wichtig zu klären, wie eine bessere Zusammenarbeit gelingen könne und Kommunikationswege zu verkürzen. Auch das angeregte Krisenmanagement sollte besprochen werden.

Herr Richter möchte für das Thema Jugendbeteiligung sensibilisieren. Diese wurde im Zuge der Pandemie in den Hintergrund gerückt. Zudem gibt er zu bedenken, dass eine Kommunikation zwischen den freien Trägern und dem öffentlichen Träger während der Zeit der Pandemie, hinsichtlich der Themen Menschen mit Migrationshintergrund und Menschen ohne festem Wohnsitz, kaum stattfand. Dies sollte überdacht werden. Er bittet um eine Evaluierung beider angesprochenen Punkte.

Frau Georgi bedankt sich für die vielen Impulse aus der heutigen Sitzung. Es sei geplant, mit den Partnern ins Gespräch zu kommen und die Problematiken zu besprechen. Gestartet werde bereits kommende Woche mit einem Gespräch mit der LIGA. Das beschränkte finanzielle Budget bereite ihr Sorgen. Dieses sei für die nächsten zwei Jahre festgelegt. Vom Land Sachsen habe die Stadt Chemnitz eine zusätzliche Förderung für Ferienfreizeiten und außerschulische Angebote erhalten. Das Jugendamt habe zudem über das Bundesprogramm Sprache, weitere zusätzliche Gelder bewilligt bekommen. Zudem gab es weitere Fördermittel für die Digitalisierung in Kindertagesstätten. Auch über den Fond frühe Hilfen und für die Schulsozialarbeit habe es zusätzliche Gelder gegeben.

Herr Stadtrat Otto bedankt sich ausdrücklich bei den Vortragenden und fasst zusammen, dass durch Vorträge ein umfassendes Bild zu Situation der Kinder und Jugendlichen entstanden sei. Die daraus resultierenden Impulse sollte auch bei den Planungen im Jugendhilfeausschuss und Unterausschuss Jugendhilfeplanung berücksichtigt werden.

Frau Stadträtin Dr. Zabel bittet um Zusendung der Kontaktdaten der Servicestelle im Landesamt für Schule und Bildung. Zudem fragt sie, wer in der Servicestelle tätig ist und ob auch Jugendhelfeträger Kontakt aufnehmen dürften. **Herr Langhoff** werde die Kontaktdaten nachreichen. Er sagt, dass in der Servicestelle Juristen und Schulreferenten tätig seien.

5 Verschiedenes

5.1 Mündliche Informationen der Verwaltung

Es liegen keine mündlichen Informationen der Verwaltung vor.

5.2 Fragen der Ausschussmitglieder

Frau Stadträtin Dr. Zabel bittet um Auskunft, wann sie eine Antwort auf ihre Anfrage aus der letzten Sitzung des Jugendhilfeausschusses bezüglich des Sachstandes zur Jugendbeteiligung, erhalten werde. **Frau Georgi** antwortet, dass die Antwort in den kommenden Tagen abgesendet werde.

6 Bestimmung von zwei Ausschussmitgliedern zur Unterzeichnung der Niederschrift der Sitzung des Jugendhilfeausschusses - öffentlich -

Zur Unterzeichnung der Niederschrift der öffentlichen Sitzung werden die Ausschussmitglieder Frau Katarina Seidel und Herrn Holger Deckwer bestimmt.

* * *

Der stellv. Vorsitzende Herr Otto schließt die Sitzung des Jugendhilfeausschusses - öffentlich -.

04.10.21 *M. Otto*
Datum Maik Otto
Stellvertr. Vorsitzender
des Ausschusses

10.11.21 *Seidel*
Datum Katarina Seidel
Mitglied
des Ausschusses

18.10.21 *H. Deckwer*
Datum Holger Deckwer
Mitglied
des Ausschusses

28.SEP.2021 *Nicolaus*
Datum Kristin Nicolaus
Schriftführerin